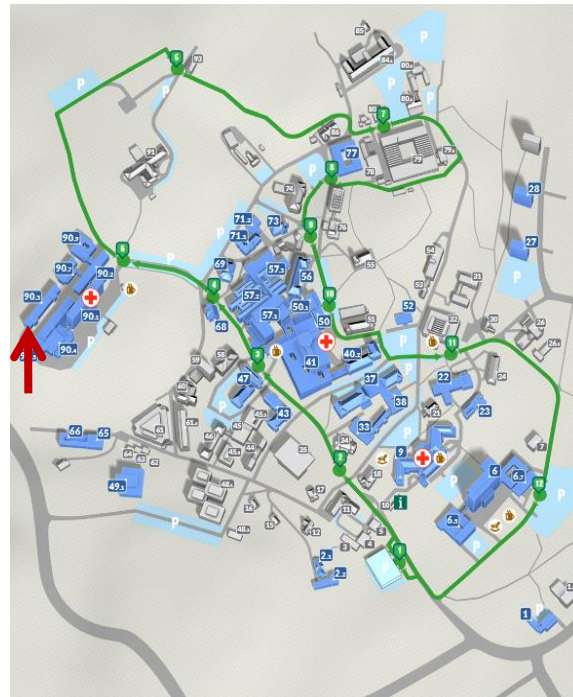


Wenn eine Behandlung erfolgen soll

- ▷ Nehmen Sie bitte rechtzeitig (vor Haftentlassung) Kontakt mit uns auf, damit die Behandlung geplant werden kann.
- ▷ Die Kontaktaufnahme kann von der/dem Betroffenen selbst, der/dem Bewährungshelfer/in oder Personen, die für das Entlassungsmanagement in der JVA zuständig sind, erfolgen.
- ▷ In einem Erstgespräch werden die Ziele der Behandlung und die Behandlungsmodalitäten besprochen sowie ein Behandlungsvertrag geschlossen.
- ▷ Eine Behandlung kann erst aufgenommen werden, wenn ein gerichtlicher Beschluss vorliegt und die Rahmenbedingungen geklärt sind.
- ▷ Die Behandlungstermine finden grundsätzlich in den Räumlichkeiten des Instituts für Gerichtliche Psychologie und Psychiatrie auf dem Gelände des Universitätsklinikums des Saarlandes statt.

Lageplan



Kontakt:

Prof. Dr. Dipl.-Psych. Petra Retz-Junginger

Forensisch-Psychiatrische Ambulanz (FPA)
Institut für Gerichtliche Psychologie und
Psychiatrie der Universität des Saarlandes

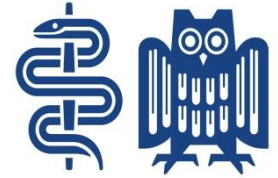
Leiter:

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Retz
Neurozentrum
Universitätsklinikum des Saarlandes
Gebäude 90.3
D - 66421 Homburg/Saar

Telefon: 06841/16 - 26350
E-Mail: petra.retz-junginger@uks.eu
Homepage: www.forensik-homburg.de

FPA
Homburg/Saar

**Universität
des Saarlandes**



AMBULANTE

von
Personen
mit Gewalt- und
Sexualdelikten
aus dem
Saarland und
Rheinland-Pfalz

BEHANDLUNG

F FORENSISCH-

P PSYCHIATRISCHE

A AMBULANZ



Die FPA Homburg

Die Verhinderung neuer Straftaten ist eine wirksame und notwendige Maßnahme des Opferschutzes.

Erklärtes Ziel ist es daher, dass Personen, die Gewalt- oder Sexualdelikte begangen haben, bei entsprechendem Bedarf - auch nach der Entlassung aus der Haft - eine rückfallpräventive Therapie erhalten.

So kann das Gericht beispielsweise im Rahmen einer Bewährungsstrafe oder bei einer aus der Strafhaft entlassenen Person bestimmen, dass sie sich in einer forensischen Ambulanz in eine psychiatrische oder psychotherapeutische Behandlung begibt (Therapieweisung) oder sich in bestimmten Abständen oder zu bestimmten Zeiten dort vorstellt (Vorstellungsweisung).

Die Forensisch-Psychiatrische Ambulanz am Institut für Gerichtliche Psychologie und Psychiatrie der Universität des Saarlandes in Homburg versteht sich als Ergänzung des bereits bestehenden ambulanten Behandlungsangebots für Personen, die Gewalt- oder Sexualdelikte begangen haben, im Saarland und in Rheinland-Pfalz.

Zielsetzung

- ▷ Primäre Zielsetzung der Behandlung ist die Verminderung der Rückfallgefahr von Personen, die Gewalt- oder Sexualdelikte begangen haben.
- ▷ Die Behandlung erfolgt delikt- und störungsorientiert nach einem individuellen Behandlungsplan.
- ▷ Bei Bedarf wird auch für eine fachärztliche psychiatrische Mitbehandlung Sorge getragen.
- ▷ Die zuweisenden Stellen werden regelmäßig über den Therapieverlauf informiert.

Voraussetzungen

- ▷ Behandelt werden Personen, die nach Jugend- oder Erwachsenenstrafrecht wegen Gewaltdelikten oder Sexualstraftaten verurteilt worden sind.
- ▷ In der Regel erfolgt die Behandlung auf der Grundlage einer Bewährungsaufgabe bzw. einer Weisung innerhalb der Führungsaufsicht.
- ▷ Voraussetzung für die Behandlung in der FPA Homburg sind ausreichende Deutschkenntnisse.
- ▷ Die Behandlung in der FPA Homburg kann nur erfolgen, wenn sie für den Klienten erreichbar ist.

Zuständigkeiten

Unsere FPA ist zuständig für Personen, die Gewalt- und Sexualdelikte begangen haben und im Saarland oder in Rheinland-Pfalz leben.

- ▷ Rahmenbedingungen bzgl. Saarland:
 - Personen, die inhaftiert waren, nach der Entlassung im Saarland wohnen und für die ein saarländisches Gericht eine entsprechende Therapieweisung angeordnet hat.
 - Die Behandlungskosten tragen grundsätzlich die unter Bewährungs- oder Führungsaufsicht stehenden Klienten/innen, sofern die finanzielle Leistungsfähigkeit hierfür vorhanden ist.
- ▷ Rahmenbedingungen bzgl. Rheinland-Pfalz:
 - Personen, die inhaftiert waren oder eine Bewährungsstrafe erhalten haben, die in Rheinland-Pfalz wohnen oder für die ein rheinland-pfälzisches Gericht eine entsprechende Weisung angeordnet hat.
 - Die Behandlungskosten werden vom Ministerium der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz getragen. In begründeten Fällen können auch die anfallenden Fahrtkosten erstattet werden.
- ▷ Für Personen, bei denen eine Maßregel der Besserung und Sicherung (§§ 63, 64 StGB) angeordnet worden ist, kann derzeit noch keine Behandlung angeboten werden.